

Vortrag im Arbeitgeber-Schutzverband.

Der Arbeitgeber-Schutzverband für Meisa und Umgebung hatte im Einvernehmen mit dem Verband Sächsischer Industrieller, Bezirksgruppe Nordachsen, zu einer Vortrags-Vereinbarung eingeladen, die gestern nachmittags 4 Uhr im „Sächsischen Hof“ stattfand. Als Vortragender war Herr Reichstagsabgeordneter Frank Glagel gewonnen worden. Neben den Mitgliedern obiger Verbände waren Vertreter der Reichs-, Staats- und Gemeindefürsorge, sowie des Vereins für Handel und Gewerbe anwesend. Der Vorsitzende des Arbeitgeber-Schutzverbandes, Herr Betriebsdirektor Schoppmann, hielt die erkrankten Herren willkommen. Er wies auf die schwere Wirtschaftskrise und auf das immer härter anschwellende Arbeitslosenheer hin. Die gegenwärtige Notzeit fordere als vordringlichste Aufgabe die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern. Diefem Ziele näher zu kommen, dazu solle der Vortrag dienen. — Sodann erteilte Herr Reichstagsabgeordneter Glagel beleuchtete die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage und verknüpfte damit die Betrachtung der Arbeitnehmers- und Arbeitgeber-Organisationen. Er wies einleitend auf das Ergebnis der letzten Reichstagswahlen hin, auf die nationale Notlage, die uns in Deutschland besonders hart betrifft. In dem Wahlergebnis sei die soziale Untertone bezeichnend zum Ausdruck gekommen. Die heutigen Verhältnisse seien besonders in der vollständigen Veränderung der Existenzbewegung begründet, denn etwa 70-80 Prozent der Bevölkerung gehören heute zur Klasse der Arbeitslosen. Selbstverständlich habe sich in dem Wandel der Existenzbewegung auch ein Wandel der Bevölkerung vollzogen: das beweise die nationalökonomische und wirtschaftliche Verarmung und die Verfestigung, daß die politische Mitte immer mehr zusammenschrumpfe. Auf beiden Seiten befänden sich sozialreaktionäre politische Parteien. Die sozialdemokratische Partei mit ihrer rassistischen Einstellung auf der einen Seite, auf der anderen Seite die Nationalsozialisten. Das Programm der Nat.-Soz. Partei verfolge zwar der Ideologie nach kein bestimmtes sozialistisches Programm, aber doch ein Programm mit ganz deutlicher sozialistischer Tendenz, das bewirke erneut der im Reichstage eingebrachte Antrag auf Brechung der „Gleichschaltung“. In den sozialen Fragen herrsche im Sozialismus wie im Nationalsozialismus grundsätzliche dieselbe Einstellung. Das Anwachsen der nationalsozialistischen Partei sei der wirtschaftlichen Notlage anzuschreiben, durch Krieg und Inflation sei das deutsche Volk irre geworden an dem Glauben an den Besitz, und dies habe die Verzweiflungshimmung geschaffen. Der Privatunternehmer habe fast abgewirtschaftet, viele Tausende von Arbeitern und Angestellten würden abgebaut, die Rolle des Unternehmers spiele jetzt in der Hauptsache der Generaldirektor des großindustriellen Unternehmens. Der Arbeitsmarkt sei der liberalen Macht entzogen. In Zeiten wirtschaftlicher Not werde immer nur der Staat verantwortlich gemacht. Der Staat sei sich seiner Aufgabe bewußt, er versuche, die Wirtschaft durch Tarifpolitik und durch gesetzliche Maßnahmen zu regeln, woraus zu folgern sei, alle wirtschaftlichen Gruppen in den Staatsapparat einzufügen. Der Eingriff des Staates durch Reglementierung möglicherweise nur eine wirtschaftspolitische Zeichenstellung sein. Zur Regelung der Wirtschaft seien darum insonderheit auch die Organisationen berufen. Deshalb müßten sowohl großwirtschaftliche wie gewerkschaftliche Organisationen in gleichem Maße anerkannt werden als Organ der Staatsmacht. An Beispielen bekräftigte Redner, daß die Gewerkschaften der Arbeitnehmerschaft eine große Rolle spielen. Darum geniesse die gewerkschaftliche Organisation größtes Vertrauen, sie sei den Arbeitnehmern mehr als ein Interessentenverein, während es auf der anderen Seite scheint, als ob dort die Organisation mehr als Repräsentantengruppe gelte. Dies sei ein Mangel der Arbeitgeberschaft. — Der Herr Vortragende berührte sodann wiederum die politische Lage, dabei von der Weimarer Verfassung ausgehend, die er als ein Schriftstück, als ein Manuskript bezeichnete. Er wies auf den Ursprung hin, aus welchem der heutige Staat entstanden ist. In Verbindung damit wandte er sich wiederum den beiderseitigen Organisationen zu. Gefühlsmäßige Organisationen seien das Richtige, Menschen mit Menschen zu verbinden. Der Gedanke der Klassenpolitik müsse verlassen und die Funktion des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers als gleiche Bedeutung betrachtet werden. Der Gedanke der Privatwirtschaft müsse sich mit dem Gedanken der Sozialwirtschaft verbinden auf dem Boden der politischen Zusammengehörigkeit. Nur volkswirtschaftliche Sammlung auf dreier Linie könne über die Zeit der sozialen und nationalen Wägung führen, gegen den bloßen Klassengedanken und gegen Sozialdemokratie und Bolschewismus. — Man müsse also den gegenwärtigen wirtschaftlichen Zustand richtig erfassen. Eine rein selbstbürgerliche Partei sei vollkommen unzulässig, einfach auf Grund der Zahlenverhältnisse. Notwendig sei also aus den Mittelparteien heraus die Entwicklung zu einer arbeitgemeinschaftlich aufgebauten Partei und Politik, die die verschiedenen Stände, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, umfaßt und die in ihrem Programm positiv privatwirtschaftlich und positiv sozial ist und die übergeordnete Wirtschaftspolitik des Staates anerkennt. In einem Zustande der Wirtschaft, der zur volkswirtschaftlichen Regelung drängt, ließe zwar die Privatwirtschaft bestehen, aber die staatliche Wirtschaftspolitik müsse bewußt Bedingungen und Voraussetzungen für die Rentabilität und Existenzfähigkeit der verschiedenen Wirtschaftsbereiche. Auch das Machtverhältnis der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Bezug auf Lohnfragen und Sozialpolitik lasse man nicht rein kämpferisch entwickeln, sondern es werde beeinflusst vom übergeordneten Gesichtspunkt der Volkserziehung. Nach dieser Richtung habe sich die Politik der Mittelparteien tatsächlich entwickelt und diese Entwicklungslinie müsse als bewusster Programm der Zukunftsgestaltung auch erkannt werden. In eine solche Politik könne sich auch der Arbeitnehmer jenseits vom bloßen Individualismus und unter Ablehnung klassenmäßiger Einseitigkeit durchaus einordnen.

In der Aussprache erklärte Herr Reichstagsabgeordneter Frank Glagel, daß das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Schicksalsgemeinschaft sein müsse, da Wirtschaft und Staat vom gerechten und sozialen Ausgleich zwischen beiden Wirtschaftskörpern abhängen. Eine wirklich befriedigende Lösung der Wirtschaftspragen kann nicht durch die politischen Parteien im Reichstag allein erfolgen. Die Wirtschaftsprage sollte im Zusammenwirken zwischen Reichstag und Reichswirtschaftsrat (Wirtschaftskammer) geregelt werden.

Herr Glagel entgegnete, daß alle Reformen auf dem Wegegehen aufgebaut werden müßten. Hierbei ist die Schaffung einer breiten nationalen Mitte aus den staatsbürgerlichen Parteien erforderlich. Eine Fusionierung dieser Parteien komme nicht mehr in Frage. Wer die Führung in dieser Front der revolutionären Erneuerung übernehmen würde, bliebe vorläufig noch offen.

Vertikales und Sächsisches.

Meisa, den 26. November 1930.

— Wettervorhersage für den 27. November (Mitteilung von der Sächsl. Landeswetterwarte zu Dresden.) Zeitweise aufziehende Wolke aus südlichen bis westlichen Richtungen, meist trübe, milde, bei geringer Tageschwankung der Temperaturen zeitweise Niederschläge.

— Daten für den 27. November 1930. Sonnenaufgang 7,35 Uhr. Sonnenuntergang 15,59 Uhr. Mondaufgang 13,08 Uhr. Monduntergang 22,39 Uhr. (Mond in Erdferne). 1701: Der Astronom Anders Celsius in Uppsala geb. (gest. 1744).

— Das Schwallen der Elbe hat in vergangener Nacht mit einem Wasserstand von 2,71 Meter über Null seinen Höchststand erreicht. Die Kalanagen waren in letzter Nacht unter Wasser gesetzt, eine Räumung machte sich aber nicht erforderlich. Der Wasserpegel war heute nachmittags bereits beträchtlich gefallen, auch vom Unterlauf der Elbe wird langsames Zurückgehen des Hochwassers gemeldet.

— Polizeibericht. Gestern, am 25. 11. 30, gegen 6 Uhr nachmittags hat sich auf der Hauptstraße beim Café Wölff ein Verkehrsunfall ereignet. Ein die Straße überquerender älterer Mann ist mit einem Motorrad, das in der Richtung Bahnhofstraße fuhr, in Berührung gekommen, gestürzt und am Hinterkopf erheblich verletzt worden. Auf Anweisung von Herrn Dr. Albrecht ist er in das städtische Krankenhaus überführt worden. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt. Anscheinend ist aber der Verletzte unvorsichtig über die Straße gegangen. Augenzeugen werden gebeten, sich recht bald beim Kriminalpolizei zu melden. — Hierbei muß immer wieder auf das Einhalten der bestehenden Verkehrsbestimmungen hingewiesen werden. Als besonderer Uebelstand bei Verkehrsunfällen oder sonstigen außergewöhnlichen Vorkommnissen ist das Stehenbleiben von Straßenpassanten in dichten Gruppen zu verurteilen. Selbst den Aufforderungen der Polizeibeamten wird gar nicht oder nur widerwillig Folge geleistet. Zur Sicherung der vorhandenen Spuren und zur Klärung der Schuldfrage ist es unbedingt erforderlich, daß die Unfallstelle oder der Tatort von Unbefugten freigehalten wird. Außerdem ist es für vorläufig gesicherte Verletzte unangenehm, wenn sie von vielen Leuten angeschaut werden. Es wird erwartet, daß die vorstehenden Zeilen dazu beitragen mögen, in Zukunft der Polizei nicht unnötige Schwierigkeiten zu bereiten.

— Ehe- und Sexualberatungstunde wird am Freitag, 28. November, gehalten. (S. amtl. Bekanntmachung.)

— Viehzählung. Wie aus der Bekanntmachung des Rates zu erfahren ist, findet am 1. Dezember d. J. im gesamten Stadtbezirk eine Viehzählung statt.

— Hohes Alter. Das 81. Lebensjahr vollendet heute in verhältnismäßig geistiger Frische Frau Alwine verw. Gabrieli, Kaiserstraße 22, wohnhaft.

— Notruf der Körperbehinderten. Die Ortsgruppe Meisa vom Selbsthilfebund der Körperbehinderten (rentenlose Krüppel) bittet um Veröffentlichung des folgenden Aufrufes: Schwer laßt die Not der Zeit auf allen arbeitenden Menschen. Zu unerhörter Qual heizt sie sich aber bei den Körperbehinderten. Seit der Geburt trägt der Krüppel schuldlos ein Leid. Die bestehenden Mängel in der Versorgung mit künstlichen Hilfsmitteln, mangelhafte Schulausbildung durch Notlage der Eltern, durch Inanspruchnahme und mangelhafte Arbeitsfürsorge machen das Leben der Körperbehinderten zu einem ewigen Kampf. Riesengroß ist aber bei ihnen die Sehnsucht nach der Befreiung aus seelischen und wirtschaftlichen Banden. Um diese Massenentscheidung in einheitlicher Weise wirksam werden zu lassen, haben sich die Krüppel in dem Selbsthilfebund der Körperbehinderten zusammengeschlossen. Neben dem Kampf für die soziale Aufwärtsentwicklung legt der Bund besonderen Wert auf die Ausbildung der Schicksalsgefährten in eigenen Lehrwerkstätten. Durch Beschaffung geeigneter Arbeit, Verbesserung der Körperbehinderten mit gebrauchten Hilfsmitteln, wie Selbstfahrer, Stühapparate, Krücken usw. bemühen wir uns, in das Schattensieden der Körperbehinderten möglichst viel Sonne hineinzutragen. Die wirtschaftlichen Einrichtungen, Anlernwerkstätten für Weisnäherie usw. sind das Werk der Körperbehinderten selbst, für die wir den Weisand der Allgemeinheit brauchen. Eine behördlich erlaubte Geldsammlung in Sachsen soll uns hierin unterstützen und mitteilen, die Not der Krüppel zu lindern. Deshalb wenden wir uns mit der Bitte an die gesunde Einwohnerschaft, uns nach Möglichkeit zu unterstützen in dem Bemühen, die Not der am meisten Bedrückten etwas zu lindern.

— Der Deutsche Bankbeamten-Verein hielt am Dienstag im „Deutschen Haus“ eine Versammlung ab, in der Hauptgeschäftsführer Landtagsabgeordneter Voigt, Dresden, über die Verhandlungen zur Erneuerung des Reichsarbeits im Bankgewerbe referierte. — Folgende Entscheidung fand Annahme: „Die Bankangestellten von Meisa protestieren gegen Pläne, die auf Gehaltskürzung und andere Verschlechterungen des Reichsarbeits gerichtet sind. Die jetzige Gehaltsregelung wird kaum den bestehenden Ansprüchen gerecht; ihre Senkung würde unter die Bankbeamten wirtschaftliche Not bringen und ihre Arbeitsfreudigkeit herabsetzen. Dagegen fordern wir endlich eine merkliche Preiserhöhung durchzuführen und die verantwortlichen Stellen hierzu zu unterstützen, denn nur auf diese Weise kann die wirtschaftliche Entwicklung wieder aufwärts gehen. Ebenso erwarten wir von den beruflichen Organen, daß sie den Ursachen des wirtschaftlichen Niederganges beuge durch Kampf gegen die Tribulationen.“

— Heilung durch Galvano-Therapie. Trotzdem das Wohlmut-Heilverfahren seit 80 Jahren bei den verschiedenartigsten auftretenden Erkrankungen, wie Gicht, Rheuma, Ischias, Arterienverfälschung, Blut- und Stoffwechselstörungen, Nervenschwäche, Neuralgien, Lähmungen, verschiedenen Muskelkrankungen, Beschwerden der Weibsfarbe und verschiedene andere mit ausgezeichnetem Erfolge begleitet ist, gibt es doch noch eine große Anzahl kranker und Leidender, denen eine solche natürliche, unschädliche Heilbehandlung, mittels eines Wohlmut-Heilapparat auszuführen, noch unbekannt ist. Bevor ein Kranke sich deshalb zu einer Heilbehandlung entschließt, sollte er neben der ärztlichen Behandlung solchen Heilmitteln den Vorrang geben, die nicht mehr neu sind, bei denen nicht mehr experimentiert, sondern wo tatsächliche Heilfolge erzielt worden sind, wo die Kräfte bereits erschöpft sind. Es ist ein großer Unterschied, ob man den einzelnen Patienten 10-jährige Erfahrungen zur Verfügung stellen kann oder ob man ihn dazu anregt, nur verfuhrsweise die betreffenden Behandlungen durchzuführen. Die galv. Heilbehandlung nach dem Wohlmut-Heilverfahren angewandt, tritt heute mehr denn je in den Vordergrund. Gerade die tatsächlichen Erfolge, die durch die feine, milde, galvanische Wohlmut-Heilbehandlung, die für den einzelnen Patienten überhaupt nicht sichtbar ist, erzielt worden sind, sind so überzeugend, daß selbst die größten Sceptiker verkommen müßten. Eine Wohlmut-Heilbehandlung, bei richtiger Indikation

angewandt, bringt kaum eine Enttäuschung. Durch die Behandlung mit galvanischem Strom wird das komplizierte chemische Leben der Gewebe und Organe gehoben, belebt und im Falle von Krankheiten zum gesunden Zustand zurückgeführt. Auch in Dresden, Bürgerwiese 22 befindet sich seit über 14 Jahren ein Wohlmut-Institut. Dieses Institut veranfaßt durch seinen Vertrauensrat am Freitag, den 28. 11. 30 von 10-1 und 8-7 in der Elberstraße Meisa kostenlose Beratungskunden. (S. Inserat.)

— Vda. Defizit bei der Invalidenversicherung. Wenn auch nicht in so großem Umfange wie bei der Arbeitslosenversicherung, so zeigt sich doch auch bei den übrigen Zweigen der Sozialversicherung insofern die Wirtschaftskrise eine bedenkliche Entwicklung der Finanzen. Die Invalidenversicherung hat im Jahre 1929 einen Ueberschuß von 303,3 Millionen Mark erzielt. Für das Jahr 1930 ist der Abschluß zwar noch nicht endgültig festgestellt, aber es ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß noch ein Ueberschuß herauskommt, wenn er auch nur 41 Millionen Mark betragen wird. Dieser Bildung ist auf eine erhebliche Steigerung der Rentenausgaben zurückzuführen. Für das kommende Jahr 1931 wird mit einem Defizit von 62 Millionen Mark gerechnet. Mit Rücksicht auf diese ungünstigen Aussichten ist wieder einmal der Gedanke einer Beitragserhöhung in die Debatte geworfen worden. Zur Zeit beschäftigt sich die Regierung nicht mit solchen Plänen. Es ist aber kein Geheimnis, daß daran gedacht wird, bei einer weiteren Verschlechterung der finanziellen Lage der Invalidenversicherung die Einnahmen durch eine Vermehrung der Beitragsklassen zu steigern. Bisher gibt es sieben Beitragsklassen, die sich nach der Lohnhöhe richten, aber schon bei einem Wochenlohn von 36 Mk. aufhöhen, so daß die höheren Lohnstufen nicht über diesen Lohn hinaus herangezogen werden. Sollte sich eine Beitragserhöhung nicht vermeiden lassen, so dürfte eine Erstattung über den Lohnsatz von 36 Mk. hinaus erfolgen.

— 3. Deutscher Gemeindebeamten tag. Der Reichsbund der Kommunalbeamten und Angestellten Deutschlands, der in Arbeitsgemeinschaft mit dem Zentralverband der Beamten und Angestellten der preussischen Provinzialverwaltungen steht und somit 210 000 Mitglieder umfaßt, veranstaltet am kommenden Sonntag im Berliner Circus Busch den 3. Deutschen Gemeindebeamten tag. Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden Magistratsrat Gutschmidt-Berlin steht das Thema „Soll die Rechtsprechung und Sonderbefreiung der Beamten und Angestellten in den deutschen Kommunalverwaltungen und öffentlichen Körperschaften Geseh werden?“ zur Erörterung. Es sprechen darüber Bundesdirektor Ehrmann-Berlin und Bundesjurist Rechtsanwalt Staegemann-München.

— Anschlag auf einen Personenzug. Am Dienstagabend wurde auf der Linie Radebeul-Radeburg zwischen Radebeul und Weisles Noß durch Auflegen eines Schienenfahrsperrenschildes auf die Schienen der Personenzug 4780 gefährdet. Ein Unfall ist glücklicherweise nicht eingetreten. Die Reichsbahndirektion Dresden sichert für die Ermittlung der Täter eine Belohnung bis zu 200 Mark zu.

— Vda. Reichs-Handwerkswoche im nächsten Frühjahr. Die Vorstände des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks und des Deutschen Handwerks- und Gewerbetagungsverbandes haben in einer gemeinschaftlichen Sitzung beschlossen, in der Zeit vom 15. bis 22. März nächsten Jahres eine Handwerkswoche für das Handwerk unter der Bezeichnung „Reichs-Handwerkswoche“ zu veranstalten. Die vorbereitenden Arbeiten hierzu sind in Angriff genommen.

— Wert keine Bananenschalen achlos fort! Was dies für Folgen haben kann, zeigt wieder ein Unfall, der sich am Freitagabend in Dresden ereignete. Eine auswärts wohnende Frau verließ das Stadbad auf der großen Freitreppe nach dem Türlberg zu. Beim Hinabsteigen trat sie auf eine hingeworfene Bananenschale, glitt aus, stürzte die 15 Stufen hinab und blieb bewegungslos liegen.

— Kommaßsch. In der Kaninchen-Ausstellung des Bezirks Meisa waren am 22. und 23. November im „Schützenhaus“-Saale die verschiedensten und erlesensten Klassen von Kaninchen zu sehen. An der Schau beteiligten sich 51 Aussteller mit 241 Tieren. Es dürften fast alle Rassen vertreten gewesen sein. Ehrenpreise, gestiftet von der Stadt Vornbach, vom Bezirk, Landesverband und Staat, kamen zur Verteilung, die nach den Reichsbewertungsbestimmungen des Bundes Deutscher Kaninchenzüchter durch die Preisrichter Neubold-Weisles und Höder-Dresden, ausgeführt wurde. Ueber den Nährwert des Kaninchenfleisches im Verhältnis zu anderen Fleischsorten verfasste eine Aufstellung, die sich auf eine amtliche Analyse vom Leiter des bakteriologischen Institutes für die Provinz Sachsen in Halle a. d. S. stützt, interessante Aufklärung. Außerdem befand sich eine kleine Sonderausstellung mit den Produkten der Tiere in der Mitte des Saales.

— Vornb. Sitzung der Gemeindeverordneten. Mit 4 gegen 3 Stimmen wurde nach längerer Debatte die Einführung der Bürgersteuer sowie der entsprechende Steuerordnungsmaßnahme beschlossen.

— Kamperdbort. Autobrand. Wie berichtet wird, ging Montagabend hinter den letzten Häusern von Kamperdbort nach Wermdorf zu der Kraftwagen einer Döbner Firma vermutlich durch Bergarbeiterbrand in Flammen auf. Obwohl schnelle Hilfe seitens der Einwohnerschaft von Kamperdbort zur Stelle war, die sich um Dämpfung des Brandes bemühte, brannte der Wagen bis auf das Gerippe aus. Die anfangs befürchtete Explosion des noch mit 50 Liter Benzin gefüllten Tanks wurde durch das Auslaufen des Benzins verhindert. Durch das auf der Straße verbleibende Benzin wurde die Straße längere Zeit gesperrt. Personen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen.

— Reppen. Skelettfund. In unmittelbarer Nähe des Dorfes, hinter der an der Sandgrube stehenden Scheune des Gutbesizers Haniel, waren Arbeiter mit dem Jucken der Kartoffelsteine beschäftigt. Dabei stießen sie beim Auswerfen der Erde auf menschliche Knochen. Bei genaueren Nachforschungen fand man ein tabellarisch erhaltenes vollständiges menschliches Knochengesamtheit, von einer erkrankten männlichen Person herrührend. Nach Benachrichtigung der Polizei wurde der Knochenfund von einer Kommission untersucht und dann nach Leipzig zu weiteren Untersuchungen und Ermittlungen gesandt. Die Leiche hat schon mehrere Jahre dort verscharrt gelegen; offensichtlich läßt sich noch nicht in dieses unheimliche Dunkel des Skelettfundes bringen.

— Vriestewitz. Gewerbeverein. Nach einem Vortrage des 1. Vorsitzenden des Verbandes der Gewerbevereine im Bezirk der Amtshauptmannschaft Großenhain über die Aufgaben der Gewerbevereine wurde am 24. November der Gewerbeverein Vriestewitz, der seit über sechs Jahren ruht, zu neuem Leben gebracht. Fast sämtliche Teilnehmer der dort besuchten Versammlung traten als Mitglieder bei. Der gewählte Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Schloffer- und Invalideurmeister Hermann Buchs, stellvertretender Vorsitzender Konditor- und Bädermeister Max Hauße, Schriftführer Gärtnermeister Karl Berner, Kassiermeister Waltermeister Otto Wäpner, sämtlich in Vriestewitz. Mitte Januar 1931 findet der 1. Vortragsabend des Vereins statt. In ihm wird Dr. Haube, Großenhain, sprechen. Man stellt im ganzen Bezirk der Zusammenfluß des